

Zerstörtes Königsberg (heute Kaliningrad) 1945

ULLSTEIN BILD

Zeitgeschichte

Wehrmacht wütete in Ostpreußen

● Die Wehrmacht hat vor ihrem Rückzug 1945 die Landwirtschaft Ostpreußens zerstört und damit zur Hungerkatastrophe nach Kriegsende beigetragen, bei der Zehntausende deutsche Zivilisten starben. Das zeigen Forschungen des holländischen Historikers Bastiaan Willems, die das Institut für Zeitgeschichte demnächst veröffentlicht. Willems beruft sich auf Wehrmachtsdokumente aus der zweiten Jahreshälfte 1944. Die Rote Armee hatte die Wehrmacht von sowjetischem Territorium nach Ostpreußen zurückgedrängt. Das zuständige IX. Armeekorps befahl den Soldaten, ihren Bedarf »aus den Erzeugnissen des Landes« zu decken. Sie durften »Geräte« jeder Art mitnehmen, wenn diese für die »Kampfführung und zum alsbaldigen Gebrauch« benötigt wurden. Die Soldaten bauten Molkereien ab, zerstörten Wasserleitungen, schlachteten fast den gesamten Vieh- und Pferdebestand. »Die Truppe scheint sich noch keinesfalls darüber im Klaren zu sein, dass sie jetzt wieder auf deutschem Boden steht und deutsche Volkswerte zu verteidigen hat«, klagte ein Militär. Der Bahnhof des kleinen Rautenberg war nach einem Bericht »übervoll« mit landwirtschaftlichen Maschinen und Getreide. Der Präsident des Oberlandesgerichts Königsberg notierte schon vor dem Einmarsch der Roten Armee aus Tilsit und Ragnit, die Häuser dort seien »furchtbar geplündert worden«. Laut Willems war die Sowjetunion nach ihrem Sieg weder willens noch in der Lage, eine Hungerkatastrophe im besetzten Ostpreußen abzuwenden. In der vom Krieg zerstörten Sowjetunion herrschte ebenfalls eine Hungersnot; zwei Millionen Menschen starben. KLW

Chemiewaffen

Heiko Maas unterstützt Boris Johnson

● Der britische Außenminister Boris Johnson will die Organisation für das Verbot chemischer Waffen (OVCW) in Den Haag reformieren. Die OVCW solle künftig »Täter, Organisatoren, Unterstützer« von Chemiewaffeneinsätzen in Syrien benennen, um diese zur »Verantwortung ziehen zu können«. Langfristig will Johnson die OVCW weltweit ermitteln lassen. Bislang stellt die Organisation nur den Einsatz von Chemiewaffen fest und verzichtet auf Schuldzuschreibungen. Dieses Vorgehen hielt sie aus politischen Debatten weitgehend heraus; 2013 bekam sie in Oslo den Friedensnobelpreis verliehen. Eine Sondersitzung der OVCW-Mitgliedstaaten soll kommende Woche über Johnsons Vorschlag beraten. Außenminister Heiko Maas (SPD) will Johnson unterstützen. Die »Verursacher von Chemiewaffeneinsätzen sollen sich nicht länger in Straflosigkeit wähnen können«, sagt das Auswärtige Amt. Bis 2017 hatte die Uno, unterstützt von der OVCW, die Täter in Syrien benannt, dann legte Syriens Verbündeter Russland sein Veto im Uno-Sicherheitsrat ein. Menschenrechtler begrüßen daher Johnsons Vorstoß; Abrüstungsexperten wie Oliver Meier von der Stiftung Wissenschaft und Politik fürchten dagegen, der Vorschlag sei »kontraproduktiv«. Er unterminiere die Unabhängigkeit der OVCW und lege diese lahm. In der Vergangenheit hatte der Westen eine Politisierung der OVCW abgelehnt. KLW

Gewerkschaften

Fließbandarbeiter für Wagenknecht

● Die Organisation Social Peace will die geplante Sammlungsbewegung der Linken-Fraktionschefin Sahra Wagenknecht unterstützen. Social Peace ist eine 2016 gegründete Protestgewerkschaft zur IG Metall, der sich bisher bundesweit rund 1500 Arbeiter aus dem Band- und Leiharbeitersektor angeschlossen haben, um gegen prekäre Arbeitsbedingungen zu kämpfen. »Unsere Leute werden nicht länger politisch stumm bleiben, nur weil wir von einem Establishment belächelt werden und uns mit keiner Partei identifizieren«, heißt es in einem Schreiben der Organisation, »wir erleben, dass unsere Eliten uns aufgeben.« Keinesfalls fehle der Druck von unten für Wagenknechts Idee. Vielmehr gebe es einen Druck von oben gegen die Unteren, auch von Politikern der Linkspartei. »Wir lassen uns nicht von Promi-Linken öffentlich belehren«, so der Verfasser des Briefs, Hans-Christian Lange, Vorsitzender von Social Peace, »daran wird sich nicht nur Herr Gysi gewöhnen müssen.« Man wolle keinen Dumpingwettbewerb der Schwachen um Jobs: »Darum sind wir gegen ungebremste Arbeitsmigration nach Deutschland.« Zugleich wendet sich die Protestgewerkschaft gegen Rassismus, schließlich stünden an den Fließbändern der Konzerne Arbeiterinnen und Arbeiter aus rund hundert verschiedenen Ländern. Auch Sexismus gegen »Bandarbeiterinnen, die nicht auf dem roten Teppich von Cannes dagegen protestieren«, verurteilt die Organisation. ABE



SCHELLHORN / ULLSTEIN BILD

Arbeiterinnen an einer Sortieranlage für Kirschen bei Halle